

44/45

79

Union in Deutschland

Bonn, den 20. Dezember 1979

Umweltschutz hat Vorrang

Umweltschutz ist eine der absolut vorrangigen Aufgaben unserer Zeit. Rohstoff- und Energieverbrauch, Siedlung und Verkehr und insbesondere der Prozeß der Industrialisierung und Technisierung entfalten in ihrer Summe Wirkungen, die nicht nur die Qualität, sondern bereits den Bestand unserer natürlichen Lebensgrundlagen gefährden. Dazu hätte es eigentlich gar nicht erst kommen dürfen.

Mit diesen Worten stellte Helmut Kohl das umweltpolitische Programm der CDU der Öffentlichkeit vor; es wurde vom Bundesausschuß Energie und Umwelt unter Vorsitz von Heinz Riesenhuber erarbeitet und — wie berichtet — am 10. Dezember 1979 vom Bundesausschuß verabschiedet (siehe auch Dokumentation).

In den ersten 20 bis 25 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg standen — nicht nur bei den Parteien, sondern vielleicht stärker noch im Bewußtsein der Bürger — andere Themen im Vordergrund: Der materielle Wiederaufbau, Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung, soziale Sicherung.

Heute ist das anders. Gerade weil die materielle Existenzgrundlage der meisten Bürger inzwischen gesichert erscheint, findet der Gedanke des Umweltschutzes heute eine wachsende Zustimmung

(Weiter auf Seite 2)

■ WAHLKAMPF-KOMMISSION

Wahlprogramm im
Februar 1980 Seite 2

■ HAUSHALTS-DEBATTE 1980

Gute Gründe gegen eine
schlechte Politik Seite 3

■ NATO

Die Glaubwürdigkeit der Allianz
stand auf dem Spiel Seite 11

■ ZIVILDIENTST

Neuregelung des Gesetzes
nicht auf die lange Bank
geschoben Seite 13

■ NRW-LANDES-VERSAMMLUNG

CDU will eine Regierung, die
diesen Namen verdient Seite 15

■ DOKUMENTATION

Umweltschutz-
programm grüner Teil

■ CDU-EXTRA

Register gelber Teil

Ein gesegnetes Weihnachtfest und Glück und Erfolg für das neue Jahr wünschen Redaktion und Verlag allen Lesern der UID.

UID 1/1980 erscheint als Sonderausgabe zum Auftakt des Wahljahres am 10. Januar 1980.

Wahlprogramm im Februar

Die gemeinsame Wahlkampfkommission der CDU/CSU hat auf ihrer Sitzung am 17. Dezember 1979 in Mainz unter Vorsitz der beiden Parteivorsitzenden die erste Lesung des Programms für die Bundestagswahl 1980 vorgenommen. Das Programm soll auf der nächsten Sitzung der Kommission am 15. Februar 1980 verabschiedet und den zuständigen Gremien zugeleitet werden.

Die Wahlkampfkommission billigte außerdem 11 Thesen zur Familienpolitik und ein Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens. Die Veröffentlichung der Wortlaute ist für Mitte Januar 1980 vorgesehen.

(Fortsetzung von Seite 1)

in der Bevölkerung. Die meisten von denjenigen, die sich jetzt oft leidenschaftlich für den Umweltschutz engagieren und der Politik und den Parteien schwere Versäumnisse vorwerfen, haben sich selbst erst relativ spät dieser Bewegung angeschlossen. Dabei gibt es Hunderttausende von Menschen, die sich als Landwirte und Winzer, als Jäger und Naturfreunde oft schon seit Jahrzehnten in Verbänden und Vereinen für die Pflege der Natur und Landschaft, für den Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und für die Erhaltung historischer Bau- und Naturdenkmäler eingesetzt haben. Die CDU hat das Anliegen dieser Menschen von jeher unterstützt und auch gefördert. Bereits im Jahre 1962 hat die CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen das erste Immissionsschutzgesetz verabschiedet. Ende der sechziger Jahre hat Bayern das erste Umweltministerium in der Bundesrepublik eingerichtet.

Andere Beispiele sind:

- der Sicherheitsstandard deutscher Kernkraftwerke, der höchste in der Welt,
- die Rekultivierung von Braunkohleabbaugebieten,
- die Aktionen Bundesgartenschau und „Unser Dorf soll schöner werden“.

Solche Beispiele zeigen, daß viele Fragen, die heute im Mittelpunkt der um-

weltpolitischen Diskussion stehen, in der Politik der Union oft schon vor vielen Jahren praktische und wirksame Antworten gefunden haben. Aber heute ist mehr von uns verlangt: es geht um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir setzen dabei auf die Verantwortung und Mitarbeit des einzelnen. Wir geben der Marktwirtschaft einen ökologischen Rahmen, und wir halten Wachstum auch weiterhin für notwendig — gerade auch deshalb, weil wir nur so über die notwendigen Mittel für einen wirksamen Umweltschutz verfügen werden.

Unser Grundsatzprogramm sagt aber dazu klar, daß dort, wo Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, notfalls auf solches Wachstum verzichtet werden muß. Für die CDU sind Wachstum und Umweltschutz keine unüberbrückbaren Gegensätze. Politik kann den Menschen nicht die Rückkehr zu einer Biedermeieridylle des einfachen Lebens verordnen. Wie wir überhaupt meinen, daß Umweltpolitik nicht aus dem Gesamtrahmen demokratisch verantwortlicher Politik herausgelöst werden darf.

Wir haben deshalb unser Programm ganz bewußt als eine freiheitliche Alternative zu ideologischen und staatsbürokratischen Konzepten der Umweltpolitik angelegt.

■ HAUSHALTSDEBATTE 1980

Gute Gründe gegen eine schlechte Politik

Vier Tage lang hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 1980 debattiert (11. bis 14. Dezember 1979). Die Debatte stand im Zeichen einer politischen Generalabrechnung der Opposition mit der Regierung.

FRANZ JOSEF STRAUSS:

Die zehn Jahre von 1969 bis heute waren ein Abschnitt unserer Geschichte voller Irrtümer, Versäumnisse und Fehler. Kennzeichnend ist die hohe Verschleißquote in der Spitzenetage dieser Koalition: Mehr als eine komplette Kabinettsmannschaft, ein Bundeskanzler und 19 Minister wurden in diesen 10 Jahren ausgewechselt, traten zurück, schieden aus oder wurden

Nachfolgend eine Zusammenfassung der Argumente, mit denen die Sprecher der Bundestagsfraktion die Einzelteile des insgesamt 214,5-Milliarden-Haushalts (Steigerung 5,5 % gegenüber 1979) abgelehnt haben.

Bundeskanzleramt

Etat 1980: 397,8 Mio. — Steigerung gegenüber 1979: 3,7 %.

Der Etat des Bundeskanzlers muß von der Opposition nicht nur aus allgemeinpolitischen Gründen abgelehnt werden. Auch das Haushaltsgebaren des Kanzlers und des Kanzleramtes selber machen eine Ablehnung zwingend erforderlich.

zum Ausscheiden gezwungen. Der Schiffbruch der siebziger Jahre wird nun verdrängt durch die Formel Aufbruch in die achtziger Jahre.

HELMUT KOHL:

Zehn Jahre Machtübernahme durch SPD und FDP haben dazu geführt, daß die einfachste parlamentarische Kritik irgendeines Redners im Bundestag von Helmut Schmidt überhaupt nur noch als Majestätsbeleidigung aufgefaßt wird. Er hat sich von der Wirklichkeit, von den Sorgen und Nöten unseres Volkes, weit entfernt. Die SPD hat nur ein Ziel: den Oktober 1980 zu überleben.

Wenig erfreulich ist das interne Betriebsklima im Kanzleramt. Aus einer Umfrage des Personalrates geht hervor, daß ein großer Teil der Mitarbeiter zur Personalabteilung und zur Leitung des Amtes keinen Kontakt hat. In einem Bericht des Personalrates heißt es: Noch nie hat sich jemand aus der Führungsspitze im Abteilungsbereich sehen lassen. Mangelnde menschliche Anteilnahme seitens der Personalabteilung und der Leitung des Amtes werden beklagt. Übermäßige Geheimniskrämerei in der Personalpolitik. Das Personalreferat bringt bei totaler Überbesetzung nur eine mittelmäßige Leistung.

Die einseitige SPD-Patronage geht

auch aus der Frage hervor, ob die Mitarbeiter im Kanzleramt den Eindruck hätten, daß bei personellen Maßnahmen sachfremde Erwägungen eine Rolle spielen. Eine überwiegende Mehrheit bejaht diese Frage und weist auf persönliche Beziehungen zu Vorgesetzten oder dem Personalreferat, vor allem aber auf die Parteizugehörigkeit zur SPD hin, die das Weiterkommen erleichtert.

Der Haushaltsausschuß hat in diesem Jahr dem Bundeskanzleramt erstmalig überhaupt keine neue Stelle bewilligt. Er hat damit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das Kanzleramt mit 477 Mitarbeitern personell überbesetzt ist. Ein Unionskanzler muß das Bundeskanzleramt erst wieder zu einer personell gestrafften wirkungsvollen Führungs- und Schaltzentrale der deutschen Politik umgestalten.

Auswärtiges Amt

**Etat: 1,833,6 Mio. —
Steigerung 10,2 %.**

Der Geheimfonds des Außenministers in Höhe von acht Mio. DM ist der einzige geheime Betrag von Bedeutung, der sich nicht nur der Kontrolle des Parlaments entzieht, von dem auch nicht ein Mitglied des Parlaments im nachhinein vertraulich informiert wird. Darin kommt die Mißachtung des Parlaments durch eine Regierung zum Ausdruck, die vor zehn Jahren Offenheit und Bereitschaft zur Kritik verkündet hat.

Für 1980 sind erstmals 50 Mio. DM für humanitäre Hilfe vorgesehen, ein Betrag, der angesichts des Flüchtlingselends und des Hungers vor allem in Südostasien, noch zu gering erscheint.

Bundesministerium des Innern

**Etat: 3,649,6 Mio. —
Steigerung 6,9 %.**

Der Bundesinnenminister hat nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die volle Verantwortung für die innere Sicherheit in unserem Lande. Gerhart Baum als herausragender Vertreter des linken Flügels der FDP kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden, weil er ständig in einem unlösbaren Konflikt zwischen innerparteilicher Ideologie und staatspolitischer Notwendigkeit steht. Die FDP ist keine liberale Partei mehr, sondern eine Liberalisierungspartei mit zunehmend sozialistischen Tendenzen. Bundesinnenminister Baum trägt die Verantwortung dafür, daß die Wirkungskraft unserer Sicherheitsdienste ständig verringert wird.

Durch öffentliche Diskussion sollten die Arbeitsmethoden von Polizei, Verfassungsschutz, Nachrichtendienst und Bundesgrenzschutz in breitem Umfang offengelegt und damit wirkungslos gemacht werden. Den Gegnern unseres Staates wird immer freizügiger das Feld überlassen. Einem solchen Bundesinnenminister kann die CDU/CSU keine Zustimmung geben!

Bundesministerium der Justiz

Etat: 331,9 Mio. — Steigerung 2,3 %.

Zentraler Punkt der Kritik in diesem Bereich ist u. a. der mangelnde Erfinderschutz im Patentwesen. Dies geht nicht so sehr auf die rechtlichen Bestimmungen, sondern vielmehr auf die organisatorische Handhabung zurück. Jeder Patentantrag muß nach 18 Monaten offengelegt werden, während der beantragte Patentschutz erst nach 2 1/2

Jahren, oft viel später, gewährt wird. Zwischen der Offenlegung und der Patentierung ist der Erfinder interessierten Dritten gegenüber preisgegeben.

Es gibt Großunternehmen, die mehr als 20 Mitarbeiter ausschließlich dafür eingesetzt haben, angemeldete Erfindungen zu sichten und auf ihre Verwendbarkeit zu überprüfen.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Etat: 6,595 Mio. — Steigerung: 3,2 %.

Die CDU/CSU lehnt den Haushalt des Bundesministers ab, weil der Agrarhaushalt auch in diesem Jahr erkennen läßt, daß die SPD/FDP-Regierung und Bundesminister Ertl keinerlei erkennbare Antworten auf die dringenden Fragen der Agrarpolitik geben. Die Politik des Ministers hat dazu geführt, daß durch Preisdruck bzw. durch das Einfrieren der Agrarpreise den Bauern in der Bundesrepublik Deutschland einseitig die Last der Stabilitätspolitik aufgebürdet wurde. Die Landwirtschaft ist in den letzten Jahren zum Packesel der sog. Stabilitätspolitik der Bundesregierung geworden.

Bundesministerium der Finanzen

Etat: 3,005,8 Mio. — Minderung: 12,6 %.

Trotz überdurchschnittlicher Steuereinnahmen und trotz einer Neuverschuldung des Bundes über 130 Mrd. DM in dieser Legislaturperiode stehen wir heute mit einer Inflationsrate von 5,9 v. H. vor einer Arbeitslosigkeit von 3,5 v. H. Die konjunkturpolitischen Perspektiven sind keineswegs so rosig, wie sie die Bundesregierung darstellt. Das durch die hohe Neuverschuldung des

Staates bedingte hohe Zinsniveau ist Gift für die Baukonjunktur im besonderen und für die unternehmerischen Investitionen im allgemeinen. Auch die außenwirtschaftlichen Konstellationen lassen wenig Raum für Optimismus.

Die Steuer- und Haushaltspolitik der SPD/FDP ist seit Jahren durch ein Übermaß an Besteuerung und Umverteilung gekennzeichnet, das den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Rückkehr zu stabilen Verhältnissen aufs schwerste belastete. Fast 90 v. H. der gesamten Staatsausgaben werden für allgemeine Staats- und Umverteilungszwecke verwendet. Nur noch 7,6 v. H. werden für die gesamtwirtschaftlichen Bruttoinvestitionen verausgabt. Am deutlichsten wird diese Entwicklung im Bundeshaushalt. Die Kosten der Umverteilungspolitik sind im Jahrzehnt 1970 bis 1980 — gemessen an den Zinsen — viermal so schnell gestiegen wie die Bruttoinvestitionen.

Bundesministerium für Wirtschaft

Etat: 5,678,5 Mio. — Steigerung: 11,3 %.

Dieser Haushalt hat eine Steigerung von 11,3 % erfahren. Bedauerlich ist, daß angesichts dieser Tatsache unser Antrag auf Erhöhung der „Mittel für die überbetriebliche Bildung im Handwerk“ von der Regierungskoalition abgelehnt wurde, obwohl das Handwerk in den vergangenen Jahren eine große Ausbildungsbereitschaft bewiesen hat und über 600 000 Jugendliche jährlich ausbildet. Versäumnisse und Fehlentscheidungen müssen der Regierung insbesondere im Bereich der Energiepolitik vorgeworfen werden. So ist das 1970 beschlossene Rohölbevorratungsziel von 10 Mio. t noch immer nicht erreicht.

Bedauerlich für alle strukturschwachen Gebiete, besonders für das Zonenrandgebiet, halten wir die Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, um 50 Mio. DM. Die Bundesregierung betreibt hier systematisch eine Aushöhlung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 50 1972 die Kosten der Errichtung eines Arbeitsplatzes von 50 000,— DM auf 160 000,— DM gestiegen sind, wurde im gleichen Zeitraum der Ansatz für die Gemeinschaftsaufgabe lediglich um 10 % angehoben. Durch diese Entwicklung hat die regionale Strukturpolitik an Wirkung verloren. Die CDU/CSU lehnt den Haushalt ab.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Etat: 48,242,3 Mio. — Steigerung: 7,7 %.

Diese Ablehnung richtet sich nicht gegen die Grundstrukturen des „Netzes der Sozialen Sicherheit“, die von uns geschaffen wurden, und nicht gegen wesentliche Verbesserungen, die von uns als Opposition mitgetragen wurden. Aber wir lehnen die Politik dieses Ministers, dieser Bundesregierung u. a. ab, weil

— die Rentenpolitik dem Bürger eine langfristige Planung seiner Alterssicherung unmöglich macht. Die Voraussetzungen dafür — Stetigkeit, Rechtssicherheit und Vertrauen — schafft die Politik dieser Bundesregierung nicht;

— die Arbeitsmarktpolitik aus sachwidrigen, nämlich wahltaktischen Gründen den Löwenanteil der Mittel für nur kurzfristig wirksame Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor allem in Nordrhein-Westfalen ausgibt, anstatt die Mittel vor allem den Problemgruppen gezielt zugehen zu lassen, und zwar den

längerfristig Arbeitslosen wie älteren, gesundheitlich beeinträchtigten und ungelerten.

Bundesministerium für Jugend Familie und Gesundheit

Etat: 18 931,9 Mio. — Steigerung: 3,5 %.

Die Ablehnung dieses Etats ergibt sich von selbst. Sie entspricht genau der „Leistung“ des Bundesministers. Weder ist es der Führung des Hauses gelungen, echte familien- und jugendpolitische Akzente zu setzen, noch betreibt sie eine Personalpolitik, die ein Vertrauen in die Zukunft rechtfertigt. „Sicher in die 80er Jahre“ stimmt im Bereich der Jugend-, Familien- und Gesundheitspolitik auf keinen Fall. Gesundheitspolitik findet in diesem Ressort nicht mehr statt.

— Statt vom Schlußlicht der Welt in der Bevölkerungsentwicklung wegzukommen, ergeben sich neue Horrorzahlen bei der Abtreibung.

— Statt den jungen Familien und überhaupt den jungen Menschen durch ideelle und materielle Hilfen Hoffnung und Ausblick zu geben, grassiert die Zukunftsangst immer mehr.

— Statt dem Grundgesetzartikel nachzukommen und der Ehe und Familie „den besonderen Schutz des Staates“ zu gewähren, befinden sich Ehe und Familie nicht zuletzt durch die offizielle Politik der Bundesregierung in einer schlimmen Auflösungsphase.

Bundesministerium für Verkehr

Etat: 25,894,2 Mio. — Minderung: 1,7 %.

Die Immobilität der Verkehrspolitik in der 8. Legislaturperiode des Bundestages ist in ihrer negativen Auswirkung voll auf den Verkehrshaus halt durchgeschlagen. Abgesehen von

dem Ausgabenblock „Deutsche Bundesbahn“ ist die Stagnation bei allen übrigen Ausgabelücken (Straßenbau, Bundeswasserstraßen, Luftfahrt, Seeschifffahrt) überdeutlich.

Von 1977 = 21,6 Mrd. DM stieg der Verkehrshaushalt im Jahre 1980 auf 25,9 Mrd. DM, die Haushaltsleistungen an die Bundesbahn sind im gleichen Zeitraum von 11,3 Mrd. DM auf 14,6 Mrd. DM angestiegen, d. h. sie haben sich um mehr als 30 % erhöht.

Der Anteil der Bundesleistungen an die Bahn ist demgemäß von 49,9 % im Jahre 1977 auf 53,0 % im Jahre 1980 angestiegen. Der Anteil der Zuwendungen an die Bundesbahn in Relation zum gesamten Bundeshaushalt ist von 5,4 % im Jahre 1977 auf 6,5 % im Jahre 1980 angestiegen. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung läßt für den Verkehrsbereich keine Zukunftschancen erhoffen — im Gegenteil: im Jahre 1983 soll das Volumen des Verkehrshaushaltes auf 28,2 Mrd. DM absinken.

Bundesminister der Verteidigung

Etat: 38,461,6 Mio. — Steigerung: 4,9 %.

Auch für das Haushaltsjahr 1980 sah sich die CDU/CSU gezwungen, den Verteidigungshaushalt abzulehnen. Seit Jahren hat die Bundesregierung die Maßstäbe der deutschen Verteidigungspolitik laufend zum Nachteil unserer Verteidigung verändert. Sie hat den Schwerpunkt der Politik von der Verteidigung weg auf die Entspannung verlagert, obwohl die internationale Lage dies nicht erlaubt. Sie hat durch die vom Bundesverfassungsgericht aufgehobene De-facto-Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, durch die Bezeichnung unzureichender Ausstattung des Verteidigungshaushalts als ausreichend

und durch das unverantwortliche Gerade vom defensiven Charakter der sowjetischen Rüstung die Verteidigungsbereitschaft in unserer Bevölkerung mehr und mehr verkümmern lassen. Sie kommt wesentlichen internationalen Sicherheitsverpflichtungen, nämlich der Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen um real 3 % jährlich, nicht nach und wendet objektiv weniger Mittel für die Verteidigung auf, als die Bedrohung dies erfordert.

Im Haushaltsjahr 1980 dürfte der Punkt erreicht sein, an dem der Zuwachs der Verteidigungsausgaben mit 4,8 % von der Preissteigerung aufgezehrt wird und die Forderung linker Ideologen, den Verteidigungshaushalt zumindest einzufrieren, erfüllt wird. Als Folge dieser Politik werden lebenswichtige Rüstungsvorhaben ihrem Umfang nach gekürzt und in ihrer Ausführung über Jahre verzögert.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Etat: 5,231,7 Mio. — Steigerung: 5,9 %.

Die Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer ist von großer Bedeutung. Entwicklungshilfe ist zum Mißerfolg verurteilt, wenn nicht im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich eine wachsende Zahl von Fachkräften zur Verfügung steht. Das trifft besonders auch für deutsche Unternehmer zu, die in Entwicklungsländern investieren wollen.

In zunehmendem Maße entwickelt sich Lateinamerika, vor allem der karibische Raum, zu einem Schwerpunkt unseres Interesses und zu einem möglichen Gefahrenherd. Hier muß deutsche Entwicklungshilfe dazu beitragen, daß dieser Raum eine eigenständige Entwick-

lung nimmt und nicht in Abhängigkeit von Kuba und damit der Sowjetunion gerät. Politische Schwerpunkte der Entwicklungshilfe haben notwendigerweise die deutschen Interessen zu berücksichtigen. Eine „wertfreie“ Entwicklungshilfe gibt es nicht.

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Etat: 4,382,4 Mio. — Steigerung: 2,5 %.

Seit 13 Jahren tragen sozialdemokratische Bundesminister die Verantwortung für diesen Geschäftsbereich. Seit zehn Jahren regieren SPD und FDP in Bonn. Die wohnungspolitische Bilanz ist mager, die Perspektiven für die 80er Jahre sind hoffnungsarm. Noch niemals war die Schere zwischen Kostenmiete und Bewilligungsmiete so weit; noch niemals der soziale Wohnungsbau so unsozial und familienfeindlich wie heute. Zu keiner Zeit war die Wohnungswirtschaft so unrentabel wie heute. Zu keiner Zeit war die Wohnungspolitik mit so viel politischen Hypotheken, Fehlentwicklungen, sozialwidrigen Besitzständen und brennenden Problemen belastet wie heute. Seit Jahren haben wir Defizite im Neubau zu registrieren. Die Wohnungsnotfälle in den Ballungsgebieten wachsen bedrohlich an.

Bundesministerium für Forschung und Technologie

Etat: 6,001 Mio. — Steigerung: 7,8 %.

Der Haushalt des Forschungsministers ist während der Beratungen um 208 Mio. DM gekürzt worden. Damit haben SPD und FDP unsere Kritik an der Politik des Forschungsministers in vielen Punkten bestätigt. Der Minister begründet seine investitionslenkende Politik mit der These von der Kurzrich-

tigkeit des Marktes. Tatsächlich läßt er die von den CDU/CSU-Regierungen in den 50er und 60er Jahren begonnenen zukunftsweisenden Vorhaben Kernenergie, Raumfahrt, Luftfahrt immer mehr zu kurzatmigen Sammelsurien von Einzelvorhaben ohne klar definierte Ziele verkommen.

Durch die Verzettlung der Mittel auf zu viele, zu kleine und zu unbedeutende Vorhaben statt einiger echter Schwerpunkte wird die Effizienz der vom Forschungsminister ausgegebenen Steuergelder immer schlechter. Das Klima für Wissenschaft und Forschung in unserem Land wird trotz der Hauff-Milliarden immer schlechter. Fähige Köpfe wandern ins Ausland ab. Nicht kreative Geister, sondern kleinkarierte Funktionäre stellen bei uns die Weichen für die Zukunft.

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Etat: 4,124,2 Mio. — Minderung: 0,6 %.

Bildungsminister Schmude mißbraucht den Einzelplan 31 zu dem Versuch, eine linke Bildungsideologie durchzusetzen. So werden überbetriebliche berufliche Ausbildungsstätten weniger unter der Zielsetzung einer sinnvollen Ergänzung der Ausbildung im Betrieb gefördert, sondern mehr mit der Stoßrichtung, das duale System zu zerstören. So werden bei der Förderung von Schulmodellen ausschließlich Gesamtschulen bedient, während das gegliederte Schulsystem leer ausgeht.

Die Mittel für den Aus- und Neubau der Hochschulen wurden im Haushaltsausschuß gegen unsere Stimmen um 100 Mio. DM gekürzt. 50 Mio. DM hielten wir angesichts der guten Konjunktur auf dem Baumarkt für angemessen. 100 Mio. DM Kürzung bedeuten hochschulpolitischen Kahlschlag.

■ INFORMATION / KOALITION

Europaparlament: Neue politische Kraft

Zur Haushaltsentscheidung des Europäischen Parlaments erklärt dessen Vizepräsident Hans Katzer: Erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments hat das Europäische Parlament sich über die Haushaltsentscheidungen des Ministerrates mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit hinweggesetzt. Im Interesse der notwendigen Integration Europas muß diese Entscheidung begrüßt werden. Sie ist nicht Ausdruck einer neuen Krise der Europäischen Gemeinschaft, sondern sie ist im Gegenteil dazu geeignet, Europa voranzutreiben.

Die übergroße Mehrheit, die diese Entscheidung gefunden hat, zeigt, daß die europäischen Abgeordneten — über alle nationalen und parteipolitischen Unterschiede hinweg — sich darin einig sind, die politische Entwicklung Europas mitzubestimmen und dem Parlament größere Mitspracherechte erkämpfen zu wollen. Gestärkt durch die erste Direktwahl hat sich das Europäische Parlament aufgemacht, zu einer eigenständigen politischen Kraft in Europa zu werden, an der nationale Regierungen zukünftig nicht mehr vorbeigehen können.

Die deutsche Bundesregierung ist daher aufgefordert, für die europäische Einigung nicht mehr nur Lippenbekenntnisse abzugeben, sondern entsprechend dem Wählerwillen die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken und dessen berechtigten Änderungswünschen Rechnung zu tragen.

Fadenscheiniges SPD-Europa-Interesse

Der Vorsitzende der IG Chemie, Papier und Keramik, Karl Hauenschild, und der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, haben angekündigt, ihr Europamandat zum Jahresende niederzulegen. Dazu erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid): Durch die Niederlegung ihrer Europamandate nach einer Schamfrist von nur einem halben Jahr beweisen die Gewerkschaftsführer Loderer und Hauenschild, daß ihre Kandidatur auf der SPD-Liste nichts mit einem Einsatz für ein Europa der Arbeitnehmer zu tun hatte, der vorgegebene Grund der Arbeitsüberlastung ist allzu fadenscheinig und durchsichtig. Die Mandatsniederlegung beweist, daß die Gewerkschaften sich bei der Europawahl einseitig für die SPD haben einspannen lassen.

Dieser Schritt von Loderer und Hauenschild entlarvt ihre Europakandidatur als einseitige Dienstbarkeit führender Gewerkschaftsvertreter für die SPD, die dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft widerspricht.

DGB scheut Gefecht mit Systemveränderern

Die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) von CDU und CSU will sich bemühen, die Schwächen des Entwurfs für ein neues DGB-Grundsatzprogramm zu beseitigen. Dies hat der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Heribert Scharrenbroich, im Dezember-Heft der Ver-

bandszeitschrift „Soziale Ordnung“ angekündigt. Scharrenbroich kritisiert vor allem das Weiterleben von sozialistischen und bürokratischen Utopien im Wirtschaftskapitel des Entwurfs.

Der Bundesausschuß der CDA-Arbeitsgemeinschaft hat in Düsseldorf mit der Diskussion des DGB-Grundsatzprogramms begonnen. Scharrenbroich lobte die positive Definition der Einheitsgewerkschaft im Entwurf, bemängelte jedoch, daß der Toleranzbegriff fallengelassen wurde. Im noch geltenden Grundsatzprogramm bekräftigten der DGB und seine Gewerkschaften ihre Entschlossenheit zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz. Durch den Wegfall des Toleranzbegriffes sei der „Allround-Anspruch“ des DGB noch unerträglicher geworden, schreibt Scharrenbroich.

Der Papst empfing Strauß

Papst Johannes Paul II. hat vorige Woche im Vatikan den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß zu einem Meinungsaustausch empfangen. Seine Gespräche mit dem Papst bezeichnete Strauß als „sehr offen“, die mit Kardinalstaatssekretär Casaroli als „fast herzlich“.

Regierungsskandal in Hessen

Das erneute politische Versagen der hessischen Landesregierung in der Umweltschutzpolitik erfordert nach Ansicht des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Gottfried Milde, unverzüglich personelle Konsequenzen. Er erklärte, die Landesregierung habe in den letzten Tagen die Öffentlichkeit über die Abwasserentsorgung der Hoechst AG nicht nur viel zu spät, sondern auch falsch informiert. Es habe sich bestätigt, daß Umweltminister Görlach monatelang politisch untätig ge-

blieben sei und nichts gegen die Einleitung giftiger Abwässer des Chemiekonzerns in den Main unternommen habe. Es sei dringend erforderlich, daß sich Ministerpräsident Börner endlich von dem bereits durch mehrere Skandal-Affären schwer angeschlagenen Kabinettsmitglied trenne. Es handle sich nämlich nicht nur um einen Umweltskandal, sondern um einen Regierungsskandal. Besonders schwerwiegend erscheint dem CDU-Politiker dabei die Verdunkelungspolitik von Ministerpräsident Börner und Umweltminister Görlach.

Meinungsaustausch mit der katholischen Elternschaft

Zu einem Meinungsaustausch über bildungspolitische Fragen trafen sich am 13. Dezember 1979 die Präsidenten der Katholischen Elternschaft Deutschlands, Gabriele Gräfin Plettenberg, und der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Gert Hammer. Im Verlauf dieses Gesprächs wurde übereinstimmend betont:

In der Diskussion um die Gesamtschule sollten pädagogisch-fachliche Argumente wieder mehr in den Vordergrund treten und nicht von ideologischen Aspekten verdeckt werden. Auch bei sinkenden Schülerzahlen ist darauf zu achten, daß wohnungsnahе Schulen erhalten bleiben und die Schülerbeförderung so verbessert wird, daß die Schüler sicher und ausgeruht zum Unterricht kommen. Aus der gemeinsamen Verantwortung von Eltern und Schule für die Erziehung der Kinder ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Möglichkeiten der Elternmitwirkung weiterentwickelt und intensiver gestaltet werden müssen. Für das kommende Jahr wurde eine Fortsetzung des Gesprächs vereinbart.

■ NATO

Die Glaubwürdigkeit der Allianz stand auf dem Spiel

Die CDU/CSU begrüßt und unterstützt die in Brüssel getroffenen Entscheidungen der Atlantischen Allianz, erklärte der sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Manfred Wörner, zur Regierungserklärung über die Brüsseler Beschlüsse der NATO im Deutschen Bundestag. Dies gilt nicht nur für die Nachrüstung. Wir bekennen uns mit dem gleichen Nachdruck zu den Vorschlägen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Mit diesen Entscheidungen

— begegnet die Atlantische Allianz der wachsenden politischen und militärischen Bedrohung durch die sowjetische Aufrüstung, die von uns im Westen in keiner Weise provoziert wurde. Die Sowjetunion braucht ihre neuen Mittelstreckenraketen und -bomber weder für ihre Sicherheit noch für ihre Verteidigung;

— stabilisiert die Atlantische Allianz den Frieden in Europa, indem sie ihre Entschlossenheit unter Beweis stellt, das Gleichgewicht der Kräfte wiederherzustellen. Ohne dieses Gleichgewicht gibt es keinen Frieden von Dauer;

— eröffnet die Atlantische Allianz die Chance zu erfolversprechenden Rüstungskontrollverhandlungen. Die CDU/CSU appelliert in aller Eindringlichkeit an die sowjetischen Führer, diesen Willen zur Abrüstung ernst zu nehmen und

die dargebotene Hand des Westens nicht auszuschlagen.

Es gibt keine größere Herausforderung, keine wichtigere Aufgabe für die Verantwortlichen aller Nationen, als der Menschheit die Geißel eines neuen Krieges zu ersparen.

Der Gewaltverzicht ist mit gutem Grund eine der tragenden politischen und moralischen Fundamente der Politik aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Der Verzicht auf den Angriffskrieg hat bei uns Verfassungsrang.

Aber jeder soll und muß auch wissen: Wir lassen uns weder politisch noch militärisch unter Druck setzen. Wir bleiben entschlossen und fähig, die Freiheit unseres Volkes und seine Unabhängigkeit mit aller Kraft zu schützen. Darum bekennen wir uns zu einer starken, abschreckungskräftigen Verteidigung im Rahmen der westlichen Verteidigungsgemeinschaft und ihres Doppelkonzepts der Verteidigung und Entspannung.

Die Brüsseler Entscheidungen der NATO sind für uns gleichermaßen ein Signal der Entschlossenheit wie ein Zeichen der Entspannungsbereitschaft. Sie wären ohne die entschiedene Haltung unseres amerikanischen Verbündeten nicht möglich gewesen. Darum gilt unser aufrichtiger Dank dem amerikanischen Präsidenten und dem ganzen amerikanischen Volk für ihre Festigkeit und Opferbereitschaft im Bündnis und

insbesondere Europa gegenüber. Sie wiegt um so schwerer, als gerade in diesen Tagen durch die Vorgänge im Iran die Willensstärke und Nervenkraft des Präsidenten Carter und der Amerikaner weltweit gefordert sind. An dieser Entschlossenheit könnten sich manche in Europa ein Beispiel nehmen, die so schnell und gerne an den Amerikanern herumkritisieren.

Wir wollen Abrüstung mit Sicherheit. Und das heißt mit dem Ziel der Parität, des gleichen Gewichts der Kräfte auf beiden Seiten. Jede SS 20, die die Sowjetunion produziert und stationiert, erschwert die Abrüstung. Darum fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion und Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen und des Backfire-Bombers einzustellen. Hier könnte sie ihren Friedenswillen durch Fakten unter Beweis stellen.

Ein zweites: Die CDU/CSU hält vertrauensbildende Maßnahmen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen für dringend erforderlich.

Ein drittes: Die strategische Parität der Supermächte erhöht die Bedeutung eines ausgeglichenen Kräfteverhältnisses in der europäischen Region. Eine solche Balance ist unmöglich, solange die westlichen Bezirke der Sowjetunion ausgeklammert bleiben. Daher müssen diese westlichen Bezirke der UdSSR in die Rüstungskontrollverhandlungen einbezogen werden. Auch aus diesem Grund unterstützen wir die französische Abrüstungsinitiative.

Lassen Sie mich noch ein Wort an jene unserer Mitbürger richten, die uns besorgt fragen: „Wird hier nicht eine neue Runde des Wettrüstens eröffnet?“

Wir nehmen ihre Sorgen ernst. Keiner von uns hat es sich leicht gemacht. Niemand aus unseren Reihen hat diese

Waffen herbeigewünscht oder sich gar nach ihnen gedrängt. Und auch jetzt noch wäre es uns allen lieber, wir müßten sie weder produzieren noch stationieren. Aber keiner von uns kann an der Tatsache vorbei, daß die Sowjetunion seit Jahren diese schrecklichen Waffen produziert und gegen uns in Stellung bringt. Und noch während wir reden, wird Woche um Woche eine dieser Raketenstellungen in der Sowjetunion gebaut, werden Jahr für Jahr 50 Backfire-Bomber produziert.

Nicht wir sind es, die an der Rüstungspirale drehen. Aber wir können dem nicht tatenlos zusehen, denn mit jeder dieser Raketen und Bomber wächst die Gefahr für den Frieden und für unsere Sicherheit. Und die Geschichte lehrt uns, daß militärische Macht, die nicht balanciert wird, eines Tages auch angewandt wird.

Nachgiebigkeit oder pazifistische Gesinnung verhindern den Krieg nicht, sie führen ihn herbei. Es gibt kaum einen Historiker, der bezweifelt, daß der zweite Weltkrieg hätte verhindert werden können, wenn die Westmächte diese Lehren beherzigt hätten. Gleichgewicht dagegen — das haben fast 35 Jahre europäischer Nachkriegsgeschichte gezeigt — sichert den Frieden. Wir wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger als Gleichgewicht.

Freilich muß zum militärischen Gleichgewicht der Wille hinzutreten, politische Spannungen abzubauen. Auch die sowjetischen Führer wissen das. An ihnen liegt es nun, ob abgerüstet werden kann. Wir sind und bleiben dazu bereit. Wir bedrohen niemand. Aber wir haben das Recht, ja unseren Bürgern gegenüber die Pflicht, für deren Sicherheit zu sorgen. Es gibt keinen Frieden und auch keine Freiheit ohne Sicherheit.

■ ZIVILDIENTST

Neuregelung des Gesetzes nicht auf die lange Bank geschoben

Die öffentliche Diskussion um die Neuregelung des Wehrdienst- und Zivildienstgesetzes ist — man muß allerdings sagen: zur Unzeit — wieder aufgeflammt. Da ist von „Verschleppung“ die Rede; und da wird behauptet, die Neuplanung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer werde gegenüber der zur Zeit gültigen Regelung eine „Verschärfung“ darstellen.

Von alledem kann keine Rede sein, erklärt MdB Willi Weiskirch. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, in denen Wehrpflichtige den Dienst an der Waffe verweigern dürfen. Dieses Grundrecht ist allerdings an eine wichtige Voraussetzung gebunden: die Kriegsdienstverweigerung muß durch echte Gewissensnot begründet sein; sie darf sich also nicht aus politischen Motiven oder aus finanziellen und beruflichen Erwägungen herleiten. Die Frage nun, wie man die „echten“ von den „unechten“ Kriegsdienstverweigerern unterscheiden könnte, hat zur gesetzlichen Neuregelung und dem augenblicklichen Schwebезustand geführt.

Nachdem es zunächst einmal so aussah, als ob sich Koalitions- und Oppositionsparteien unter dem Druck des Verfassungsgerichtes auf einen gemeinsamen Entwurf einigen können, wurden im Sommer 1979 doch wieder

zwei Paar Schuhe daraus. Der Entwurf der CDU/CSU sieht ein vereinfachtes mündliches Anhörungsverfahren als Regel — und einen 18monatigen Ersatzdienst für anerkannte Kriegsdienstverweigerer vor. Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien beharrt auf der Streichung des mündlichen Verfahrens. Er fordert das schriftliche Verfahren als Regel — und einen nur 16monatigen Ersatzdienst. Nun könnte man von einer ausweglosen Lage sprechen, wenn mit diesen beiden Entwürfen bereits das letzte Wort gesprochen wäre. Zwar gibt es auch für die Unionsparteien Fälle (als Stichwort mag hier der Begriff „Bibelforscher“ stehen), in denen nach Aktenlage ohne mündliches Verfahren entschieden werden kann. Letztlich aber läuft nach Ansicht der CDU/CSU der vorliegende Gesetzentwurf der Koalitionsparteien auf das für verfassungswidrig erklärte „Postkarte genügt“ hinaus — mit dem Unterschied, daß nun ein „Brief genügt“.

Wenn ich trotzdem der Meinung bin, daß Unkenrufe zur Zeit fehl am Platze sind, dann deshalb, weil sich der Deutsche Bundestag mit Ernst und Sorgfalt der Sache widmet. Der hier federführende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (der Verteidigungsausschuß ist mitberatend tätig) hat für den 16. Januar 1980 alle Organisationen und Institutionen, die mit der Frage der Kriegsdienstverweigerung zu tun haben, zu einer Anhörung nach Bonn eingeladen.

■ VERBANDSKLAGE

Ertl soll den Vorreiter machen

Die bloße Existenz der „Grünen“ hat der FDP einen mächtigen Schrecken eingejagt. Die FDP muß in den bevorstehenden Landtagswahlen und für die Bundestagswahl befürchten, daß sie durch Abgabe von Wählerstimmen an die „Grünen“ unter die magische Fünf-Prozent-Grenze sinkt.

So verwundert es nicht, daß die FDP durch allerlei akrobatische Klimmzüge versucht, diesem Schicksal zu entgehen. Mit einigen Tricks versucht sie, noch Wählerstimmen aus dem Wählerpotential der „Grünen“ für sich zu gewinnen, erklärte MdB Burkhard Ritz in Bonn.

Bundesinnenminister Baum tut sich in diesem Bemühen besonders hervor. Er verspricht den „Grünen“ die Erfüllung eines von diesen schon lange gehegten Wunsches: Da die Einführung der Verbandsklage auf mancherlei rechtliche Schwierigkeiten stößt, wie der Deutsche Juristentag dargelegt hat, schicken sie den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Josef Ertl, erst einmal ins Gefecht. Ihn haben sie animiert, praktisch als Vorreiter das Rechtsinstitut der Verbandsklage in das Bundesnaturschutzgesetz einzufügen. Die Vorbereitungen laufen im Ertl-Ministerium bereits an.

Unter Verbandsklage ist die Möglichkeit zu verstehen, gerichtlich z. B. gegen

bestimmte öffentliche Vorhaben vorzugehen, auch wenn man nicht selbst betroffen ist, sondern als Verband nur allgemein seine Interessen nicht gewahrt sieht.

Eine solche Verbandsklage würde unserem Rechtssystem zuwiderlaufen. Im deutschen Recht gilt der Grundsatz, daß nur der sich an ein Gericht wenden kann, dessen Rechte durch Behörden oder Privatpersonen konkret verletzt sind. Die Einführung der Verbandsklage würde eine Systemveränderung des Rechts herbeiführen. Es besteht die große Gefahr, daß dadurch jede planerische Tätigkeit in unserem Land blockiert werden kann. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß schon im Planungsstadium eines Vorhabens sich jeweils Betroffene oder Nichtbetroffene zusammensetzen und einen „Verband zur Verhinderung des jeweiligen Vorhabens“ gründen und damit als Klageberechtigte z. B. notwendige Bauvorhaben auf Jahre hinaus verzögern, wenn nicht sogar unmöglich machen können. Schon heute spricht man davon, daß ein neuer Typ eines „Verbandsklagefunktionärs“ entsteht.

Die Einführung der Verbandsklage auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes wäre nur ein erster Schritt. Andere Verbände würden lautstark ebenfalls ein Klagerecht fordern. Die Gefahr, daß praktisch die Tätigkeit unseres Gemeinwesens blockiert würde, wäre riesengroß.

Aus diesen und auch aus Rechtsgründen lehnen CDU und CSU die Einführung einer Verbandsklage, auf welchem Gebiet auch immer, entschieden ab. Das bestehende rechtliche Instrumentarium bietet allen Betroffenen ausreichenden Schutz. Der Verbandsklage bedarf es daher nicht.

■ NRW-LANDESVERSAMMLUNG

CDU will eine Regierung, die diesen Namen verdient

„Wir wollen dem bevölkerungsreichsten Bundesland wieder eine Regierung geben, die diesen Namen verdient. Nicht Vetternwirtschaft und Pfründensicherung, nicht Koalitionsproporz und Mittelmäßigkeit, sondern Leistung und Können, Entschlossenheit und Handlungsbereitschaft sollen die Maßstäbe für die Arbeit einer CDU-Landesregierung werden.“

Mit diesen Worten des Präsidiums-vorsitzenden Heinrich Köppler eröffnete die nordrhein-westfälische CDU auf ihrer 8. gemeinsamen Landesversammlung am 15. Dezember 1979 in Köln den Vorwahlkampf für jene Auseinandersetzung, bei der es am 11. Mai nächsten Jahres um das Schicksal des Krisenkabinetts Rau/Hirsch geht.

Die 235 Delegierten aus dem Rheinland und aus Westfalen demonstrierten bei dieser Gelegenheit wie auf dem wenige Wochen zurückliegenden rheinischen Parteitag demonstrative Geschlossenheit, Selbstbewußtsein und Optimismus. Ministerpräsidentenkandidat Heinrich Köppler erhielt bei seiner Wiederwahl zum Präsidiumsvorsitzenden bei nur drei Gegenstimmen mit 97,4 Prozent der abgegebenen Stimmen ein absolutes Rekordergebnis; Kurt H. Biedenkopf, stellvertretender Präsidiumsvorsitzender, erzielte stolze 88,8 Prozent.

Schwerpunkte der von den Delegierten

einstimmig gebilligten Köppler-Wahl-aussage sind

- die Qualität der Regierung des Landes und die Sicherung seiner Wohlfahrt,
- die Entwicklung der Schulen und Universitäten,
- eine dauerhafte Energieversorgung durch den Verbund von Kohle und Kernkraft,
- der Schutz der Landschaft und die Vielfalt der Regionen,
- der Schutz und die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Familie,
- die soziale Geborgenheit derer, die wirklich Hilfe brauchen,
- die Sicherung der Freiheit der Bürger vor staatlicher Bevormundung und der Chancen der Jugend.

Kurt H. Biedenkopf, der die Wahlleitung übernommen hatte, setzte sich vor allem mit der Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien und hier insbesondere des WDR auseinander. Die CDU als stärkste politische Kraft jedenfalls könne zu einem Intendanten, der, wie es Friedrich Wilhelm Freiherr von Sell vor wenigen Wochen tat, die Union in die Nähe von Faschisten rücke, kein Vertrauen mehr haben.

Biedenkopf: „Der WDR hat es sich selbst zuzuschreiben, daß seine Organisation und seine Strukturen zur Diskussion gestellt werden müssen.“ Eine „Reform des Westdeutschen Rundfunks an Haupt und Gliedern“ sei unerläßlich.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Jens aus dem Jenseits

Mit den Poeten hat die SPD selten großes Glück gehabt. So erfreulich es ist, daß eine große Partei den Umgang mit großen Dichtern pflegt, als Parteitagsredner jedoch haben die Musen-söhne unter den Politikern fast immer Verwirrung gestiftet und Mißverständnisse verursacht.

Nach Grass und Böll, Frisch und Lenz jetzt Walter Jens. Der Professor aus Tübingen.

Er sieht die Grundrechte des einzelnen in diesem Land gefährdet wie niemals zuvor seit der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft. Zensur allenthalben, offene und geheime Gesetze, Vorschriften und Verordnungen als Feinde der Bürger.

Da kommt also ein Poet aus seiner Tübinger Dachstube und sagt den Regierenden einmal gründlich die Meinung. Aber, seltsam, er meinte gar nicht diejenigen, zu denen er sprach. Sowe-

nig Walter Jens die Realitäten dieses Landes zur Kenntnis zu nehmen bereit ist, sowenig hat er realisiert, daß für alles, was er miserabel findet, seit zehn Jahren die Sozial-Liberalen verantwortlich sind. Jens kommt offenbar schon aus dem Jenseits.

Aber auch die Minister und Abgeordneten, zu denen der Dichter sprach, sind wohl nicht von dieser Welt. Sie fühlte sich keineswegs angesprochen und spendeten sogar bereitwillig Applaus für diese, wenn auch ungewollte, ungewöhnlich scharfe Kritik an ihrer eigenen Arbeit.

Kölnische Rundschau, 6. Dezember 1979

Traurige, ja eigentlich beschämende Beobachtungen am Rande: Da saßen die sozialen Demokraten im Vorstand der Regierungspartei, die Brandt und Schmidt, die Apel und Leber, die Rau und Posser — und wie sie alle heißen die unsere Republik — angeblich — zum Überwachungsstaat verkommen ließen und applaudieren auch noch höflich den Ohrfeigen, die der geifernde Rhetoriker ihnen soeben versetzt hatte. Schade, daß es hierzulande so wenig Politikerstolz vor Literatenthronen gibt.

Rheinische Post, 5. Dezember 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud